dbb beamtenbund und tarifunion

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Nr. 40 **30. November 2017**

Inhalt

dbb lehnt Bürgerversicherung entschieden ab +++
Gewalt gegen Amtsträger: Silberbach fordert neue Wertedebatte +++
dbb gegen weitere Privatisierung von „Tafelsilber“ +++
Öffentlicher Dienst in Brandenburg: Abkehr von der Sparpolitik +++

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften
Sachsen-Anhalt: Beamte bekommen wieder Weihnachtsgeld +++
Berlin: CDU-Fraktion will Reform der Beamtenbesoldung +++

Namen und Nachrichten+++

aktuell
Informationsdienst des dbb

Erscheint wöchentlich
Nachdruck honorarfrei
Quellenangaben erbeten

dbb lehnt Bürgerversicherung entschieden ab

Der dbb lehnt die von der SPD wieder ins Gespräch gebrachte sogenannte einheitliche Bürgerversicherung entschieden ab. Der Bundesvorsitzende des gewerkschaftlichen Dachverbandes, Ulrich Silberbach, sagte am 30. November 2017 der Deutschen Presse-Agentur (dpa): „Wir werden jedem Versuch entgegentreten, Versorgung und Rente, Beihilfe, PKV und gesetzliche Krankenversicherung in einen Topf zu werfen. Wer das bewährte eigenständige und verfassungsrechtlich verankerte Sicherungssystem der Beamten nachhaltig verschlechtern oder gar gänzlich auflösen will, überschreitet eine rote Linie."

Silberbach argumentierte weiter: „Wir können die Funktionsfähigkeit unseres Staatswesens, deren Rückgrat nun einmal die Beamten mit ihrem besonderen und entsprechend alimentierten Pflicht- und Treueverhältnis sind, nicht auf dem Altar einer vermeintlichen sozialen Gerechtigkeit opfern. Die angebliche soziale Gerechtigkeit eines staatlichen Einheitssystems kann man in Großbritannien besichtigen: Versorgungsengpässe und lange Wartelisten prägen seit Jahren das Bild, nur die sehr gut Betuchten können es sich leisten, aus eigener Tasche private Zusatzleistungen zu bezahlen. Das ist dann tatsächlich eine Zwei-Klassen-Medizin."
Eine Bürgerversicherung, in der auch Selbstständige, Beamte und alle Gutverdiener zwangsweise Mitglieder würden, verschärfe die in Zeiten des demografischen Wandels ohnehin gravierenden Finanzierungsprobleme im Gesundheitswesen zusätzlich, so der dbb Chef. „Sie macht medizinische Versorgung für alle teurer und schlechter. Das nenne ich fahrlässige Sozialpolitik."
Nach einer Studie der Bertelsmann-Stiftung von vor etwa einem Jahr, die allerdings sehr umstrittenen ist, könnte der Staat in den nächsten 15 Jahren bis zu 60 Milliarden Euro einsparen, wenn er diese Beamten-Beihilfe abschaffen würde. Allerdings gibt es auch andere Studien, die in einer „Zwangsvereinigung" von privater und gesetzlicher Krankenversicherung eher ein Defizitgeschäft sehen.
Mit Blick auf die Erhebung der Bertelsmann-Stiftung sagte Silberbach: „Unseriöse Zahlenspiele" wie der „zusammengebastelte Einspareffekt von 60 Milliarden Euro bei Bund und Ländern durch eine Aufnahme der Beamten in die GKV bedienen Polemik auf Stammtischniveau und sollen lediglich den Beutezug der selbst ernannten Gerechtigkeitsritter auf die verlockenden 200 Milliarden Euro Alterungsrückstellungen der PKV verschleiern." Es gebe weder eine verfassungsrechtliche Grundlage noch stichhaltige und tragende Argumente für eine Einbeziehung der Beamten in eine wie auch immer gestaltete Einheitskasse, so der Bundesvorsitzende von dbb beamtenbund und tarifunion.
Auch aus den Ländern kommt Kritik an den SPD-Plänen. Der Chef des Bayerischen Beamtenbundes Rolf Habermann sagte: „Der Ruf nach einer Einheitsversicherung gefährdet nicht nur unser Gesundheitssystem, es ist auch ein ideologisch und politisch motivierter Angriff auf das Berufsbeamtentum!" Gerade angesichts der aktuellen Herausforderungen wolle jeder einen starken öffentlichen Dienst. Experimente am funktionierenden Gesundheitssystem zu wagen, sei unverantwortlich.
Lilli Lenz, Vorsitzende des dbb Landesbundes Rheinland-Pfalz, betonte mit Blick auf das Gesundheitssystem: „Das Thema ist sperrig und verträgt keine plakativen Parolen, sondern es erfordert ein sehr genaues Hinsehen." Weil eine Bürgerversicherung mehr Bürokratie, mehr Aufwand, mehr Kosten, letztlich höhere Beiträge sowie riesige Übergangsprobleme mit sich bringt, könne mit ihr der zugedachte Sanierungszweck überhaupt nicht erreicht werden.
(01/40/17)

Gewalt gegen Amtsträger: Silberbach fordert neue Wertedebatte

Nach dem Messerangriff auf den Bürgermeister von Altena fordert der dbb eine gesamtgesellschaftliche Reaktion. „Die Zunahme von verbaler und tätlicher Gewalt auf Amtsträger macht deutlich, dass wir dringend eine neue Wertedebatte in Familien und Gesellschaft brauchen", sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach im rbb inforadio am 29. November 2017.

Der Staat verliert langsam aber sicher die Kontrolle", so Silberbach. Deswegen müssten die essentiellen Begriffe des Zusammenlebens und „die in unserem Grundgesetz verankerten

Rechte wie etwa das auf Unversehrtheit“ wieder ins Zentrum gesellschaftlicher Debatten gerückt werden. Es sei bedenklich, wenn Menschen immer häufiger keinen anderen Ausweg als die Anwendung von Gewalt sähen, so der dbb Chef. Gleichzeitig sei eine Zunahme von Verzweiflungstaten sozial Benachteiligter zu beobachten. „Da müssen wir uns vielleicht auch einmal fragen, ob unser Sozialstaat wirklich jeden so gut auffängt, wie es eigentlich sein sollte.“ Eine Abschottung des öffentlichen Dienstes durch Hochsicherheitsmaßnahmen hält der dbb Chef für die falsche Antwort auf die zunehmende Gewalt gegenüber Amtsträgern und Beschäftigten. „Wenn wir jede Behörde wie Fort Knox ausstatten, wäre das ein Ausdruck von Schwäche des Staates.“ (02/40/17)

dbb gegen weitere Privatisierung von „Tafelsilber“

Der dbb beamtenbund und tarifunion steht Vorschlägen offen gegenüber, höhere gesetzliche Hürden für den Verkauf von öffentlichem Eigentum zu definieren. Dies erklärte der neue dbb-Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 27. November 2017 in Berlin: „Öffentliche Infrastruktur ist kein beliebiges Wirtschaftsgut, sondern der Gewinnmaximierung zu entziehendes Gemeingut.“

Die Berliner Vorsitzende der Linkspartei Katina Schubert hatte eine entsprechende Forderung am 25. November 2017 auf dem Landesparteitag ihrer Partei vorgebracht. Der Verkauf landeseigenen Eigentums, das für die sogenannte Daseinsvorsorge unabdingbar ist, müsse, so Schubert, in der Verfassung an einen Zustimmungsvorbehalt der Bevölkerung geknüpft werden. Dazu könnten etwa Wohnungen, Betriebe der Energie- und Wasserversorgung oder Bildungsinstitutionen zählen. Auch dbb Chef Silberbach sieht Bedarf für restriktivere gesetzliche Regelungen: „Insbesondere die in Sichtweite kommende Schuldenbremse könnte die Politik in Versuchung führen, das Tafelsilber zur Haushaltssanierung zu verwenden.“ Das sei nicht nur haushaltstechnisch kurzsichtig, sondern auch gegen die Interessen der Bürger, so Silberbach: „Am Ende zahlt immer der Steuerzahler die Zeche, und deshalb ist auch eine stärkere Einbindung der Bevölkerung geboten.“ er Landesvorsitzende des dbb berlin, Frank Becker, unterstützt die ablehnende Haltung seiner Bundesorganisation gegenüber weiterer Privatisierung von Landeseigentum der Bundeshauptstadt und verweist zur Begründung auf frühere Fehlentwicklungen. Becker: „Die Erfahrung zeigt, dass Intransparenz, höhere Risikobereitschaft und fehlende Allgemeinwohlorientierung am langen Ende zu enormen Kostenrisiken für die Stadt und ihre Bürger geführt haben.“ (03/40/17)

Öffentlicher Dienst in Brandenburg: Abkehr von der Sparpolitik

Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in Brandenburg werden künftig bessergestellt. Nach monatelangen Verhandlungen haben sich Gewerkschaften und Landesregierung am 22. November 2017 auf ein Maßnahmenpaket geeinigt. Für den dbb nahm der stellvertretende Bundesvorsitzende und Fachvorstand Tarifpolitik Volker Geyer am 28. November 2017 an der Vorstellung der Ergebnisse mit Ministerpräsident Dietmar Woidke in der Brandenburgischen Staatskanzlei in Potsdam teil.

„Eine zu lange Zeit hat die Politik im öffentlichen Dienst nur einen Steinbruch gesehen, in dem man sich bedient, wenn man Sparziele erreichen will. Die Einigung zwischen Landesregierung und Gewerkschaften steht für eine Abkehr von dieser falschen Sparpolitik“, sagte Geyer. „Gemeinsam haben die Sozial- und Tarifpartner nach Lösungen gesucht, die Attraktivität der Landesverwaltung zu erhöhen und der guten Arbeit der Lehrkräfte oder bei Polizei und Justiz im Lande Rechnung zu tragen.“ Der dbb Tarifchef bezeichnete den Abschluss als „wichtigen Schritt, dem noch viele weitere mutige und finanziell aufwändige folgen müssen,

um den öffentlichen Dienst Brandenburgs langfristig zukunftsfest zu machen“.
Unter anderem sieht die Einigung vor, die Anzahl befristeter Arbeitsverhältnisse deutlich zu reduzieren. Ab dem 1. Januar 2019 werden für die organisatorische Umsetzung der Digitalisierung ferner 50 Vollzeitstellen zur Verfügung gestellt. Zudem sollen Leitlinien entwickelt werden, um die Attraktivität der Landesverwaltung und die Fachkräftegewinnung und -bindung nachhaltig zu sichern. Der Tarifvertrag Umbau (TV Umbau) wurde um drei Jahre bis zum 31. Dezember 2020 verlängert (TV Umbau II). Damit bleiben betriebsbedingte Kündigungen im Zusammenhang mit Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen weiterhin ausgeschlossen.
Zur Gleichstellung der Lehrkräfte in Brandenburg werden die Eingangsämter ab 1. Januar 2019 angehoben. Das betrifft vor allem Lehrkräfte für die Primarstufe sowie Lehrkräfte mit einer Befähigung nach Recht der ehemaligen DDR. Tarifbeschäftigte Lehrkräfte steigen entsprechend in die jeweiligen Entgeltgruppen auf. Anhebungen der Eingangsämter sind ab 1. Januar 2019 auch für den mittleren Vollzugsdienst bei Polizei und Justiz vereinbart worden.
(04/40/17)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Sachsen-Anhalt: Beamte bekommen wieder Weihnachtsgeld

Mit den Stimmen aller Abgeordneten hat der Landtag von Sachsen-Anhalt am 23. November 2017 beschlossen, dass Beamte ab Dezember eine jährliche Sonderzahlung von mindestens 600 Euro in den Besoldungsgruppen A4 bis A8 und mindestens 400 Euro in den übrigen Besoldungsgruppen erhalten. Anwärter bekommen 200 Euro. Mit der Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes wurde eine langjährige Forderung des dbb sachsen-anhalt erfüllt.

„Das Abstimmungsergebnis zeigt, dass sich unter allen Abgeordneten die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass die Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes notwendig war. Damit wird das Parlament endlich wieder seiner Verantwortung gerecht, die Besoldung nicht den Gerichten zu überlassen“, sagte der Vorsitzende des dbb Landesbundes, Wolfgang Ladebeck. „Erklärtes Ziel aller Fraktionen muss es jetzt sein, die Jahressonderzahlung an die Höhe des Weihnachtsgeldes der Tarifbeschäftigten heranzuführen und es in das Grundgehalt einzubauen. Denn nur so ist es den Begehrlichkeiten der Finanzpolitiker bei schlechter Haushaltslage entzogen.“
(05/40/17)

Berlin: CDU-Fraktion will Reform der Beamtenbesoldung

Das Bundesverwaltungsgericht hatte dem Land Berlin bereits im Herbst eine über Jahre hinweg zu niedrige, verfassungswidrige Besoldung attestiert. Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen (SPD) habe im beamtenpolitischen Grundsatzgespräch trotzdem erklärt, man wolle vor möglichen Änderungen zunächst die schriftliche Urteilsbegründung abwarten, teilte der dbb berlin am 24. November 2017 mit. Die oppositionelle CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus strebe hingegen eine Reform der Beamtenbesoldung an.

Die Unions-Fraktion fordere mit Blick auf der Haushalt 2018/2019 die Anhebung der Beamtenbesoldung auf Bundesniveau innerhalb von vier Jahren. Dazu sollen 2018 zusätzlich 88 Millionen Euro und 2019 zusätzlich 180 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt werden. Damit soll die Konkurrenzfähigkeit bei der Nachwuchs- und Fachkräfte-Werbung gegenüber dem Bund und anderen Bundesländern gestärkt werden. Der Vorsitzende des dbb berlin, Frank Becker, sagte mit Blick auf die Initiative: „Wir freuen uns über diese Einsicht und gehen davon aus, dass dieser Kurs der Opposition auch auf der Regierungsbank zum Tra gen kommen würde.“
(06/40/17)

Namen und Nachrichten

Auf mehr Urlaubstage für Beschäftigte im kommunalen Nahverkehr Rheinland-Pfalz haben sich der **dbb** und der Kommunale Arbeitgeberverband Rheinland-Pfalz am 22. November 2017 geeinigt. Der Urlaubsanspruch für Beschäftigte mit einer Betriebszugehörigkeit bis zu fünf Jahren erhöht sich ab 2019 von 27 auf 28 Tage pro Jahr. Für Beschäftigte mit einer Betriebszugehörigkeit ab fünf Jahren gibt es statt 29 denn 30 Urlaubstage. Zusätzlich wird ab 2020 die Dauer der Betriebszugehörigkeit, die für den Urlaubsanspruch entscheidend ist, um ein Jahr verkürzt. Damit erhalten Beschäftigte bereits mit einer Betriebszugehörigkeitsdauer von bis zu vier Jahren 28 Urlaubstage, bei mehr als vier Jahren darüber gibt es 30. Der dbb bewertet den Abschluss als „wichtiges und wertschätzendes Signal an alle Beschäftigten".

Der **dbb** hat am 28. November 2017 bei den Verhandlungen für die Beschäftigten am Flughafen Frankfurt-Hahn mehrere Verbesserungen erzielt. Für das Jahr 2018 wurde eine Einmalzahlung und eine angemessene lineare Erhöhung der Entgelte vereinbart. Anschließend soll die Entgeltentwicklung mit den im kommunalen öffentlichen Dienst (TVöD) vereinbarten Erhöhungen harmonisiert werden. Auch zur Erholungsbeihilfe für Gewerkschaftsmitglieder und zur leistungsbezogenen Bezahlung wurde eine Einigung erzielt. Die Ergebnisse werden im Detail nach der Beschlussfassung der zuständigen Gremien veröffentlicht. Die Verhandlungen über eine Altersteilzeitregelung werden am 18. Januar 2018 fortgesetzt.

Die dbb bundesseniorenvertretung hat den Ratgeber „Pflege – Leitfaden rund um den Pflegefall" herausgegeben. „Egal, ob Pflege unvermittelt eintritt oder sich langsam ankündigt: Immer stehen Betroffene und Angehörige einer komplett neuen Situation gegenüber, in der sie die Vielzahl auftauchender Fragen und zu treffender Entscheidungen zu überfordern drohen", sagte dbb Senioren-Chef **Wolfgang Speck** am 24. November 2017. „Für die dbb bundesseniorenvertretung waren das mehr als gute Gründe, eine Pflegebroschüre quasi als ´Erste Hilfe´ im Falle eines Falles herauszugeben."

Am 27. November 2017 hat sich der Bundesvorsitzende der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ **Dieter Dewes** mit dem Chef des Bundeskanzleramtes Peter Altmaier, der auch geschäftsführend das Bundesfinanzministerium leitet, über die prekäre Personalsituation in vielen Arbeitsbereichen der Bundesfinanzverwaltung, insbesondere beim Zoll, ausgetauscht. Dewes machte deutlich, dass die Zuteilung weiterer Planstellen die bestehenden Probleme nicht lösen werde, sondern die Einstellungsermächtigungen deutlich erhöht werden müssten.

Nach dem Schusswaffeneinsatz eines Bundespolizisten am Berliner Hauptbahnhof hat der Chef der DPolG Bundespolizeigewerkschaft **Ernst G. Walter** erneut die Einführung von Distanz-Elektroimpulsgeräten – auch „Taser" genannt – gefordert. „Wir brauchen dieses Hilfsmittel dringend, um die Lücke zwischen Reizstoffsprühgerät und Schusswaffe zu schließen", sagte Walter am 28. November 2017. „Als Distanzwaffe steht Streifenpolizisten bislang nur die Schusswaffe zur Verfügung", erklärte Walter. Schlagstock und Pfefferspray reichten aber oft nicht aus, wenn Polizisten angegriffen würden. Ein „Taser"-Einsatz habe weder schwere Verletzungen beim Täter noch eine Traumatisierung beim Polizeibeamten zur Folge.
(07/40/17)

Kommende Termine:

dbb Jahrestagung 2018
7. - 9. Januar 2018, Köln